



Detailansicht des Registereintrags

urgewald e.V.

Stand vom 02.12.2024 10:26:16 bis 16.06.2025 11:54:30

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002227
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	02.12.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Von-Galen-Str. 4 48336 Sassenberg Deutschland Telefonnummer: +492583304920 E-Mail-Adressen: info@urgewald.org Webseiten: www.urgewald.org
Hauptstadtrepräsentanz:	Immanuelkirchstr. 24 10405 Berlin Telefonnummer: +4930863292251 E-Mail-Adresse: info@urgewald.org
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23	
Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge,	
Sonstiges	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

100.001 bis 110.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

6,99

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Hedwig Tarner**
Funktion: Vorstand
2. **Christoph Benze**
Funktion: Vorstand
3. **Dr. Werner Rolf**
Funktion: Vorstand
4. **Ildiko Schücking**
Funktion: Geschäftsführerin
5. **Andrea Soth**
Funktion: Geschäftsführerin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (13):

1. **Dustin Schäfer**
2. **Regine Richter**
3. **Dr. habil. Nora Sausmikat**
4. **Ute Koczy**
5. **Sonja Meister**
6. **Sebastian Rötters**
7. **Kathrin Petz**
8. **Lena Samborski**
9. **Fiona Hauke**
10. **Moritz Leiner**
11. **Merete Looft**
12. **Jannis Perzlmeier**
13. **Lena Sophia Flacke**

Gesamtzahl der Mitglieder:

46 Mitglieder am 18.06.2024, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (23):

1. FSC Deutschland
2. Forum Menschenrechte
3. Initiative transparente Zivilgesellschaft
4. Koordinationskreis ILO169
5. Eurodad
6. EuroIFI
7. Erlassjahr.de
8. Forum Umwelt und Entwicklung
9. KlimaAllianz
10. NGO Forum on ADB
11. Coalition on Human Rights in Development
12. Justitia et Pax AG Frieden
13. Beirat Chinazentrum
14. Fossil Free Finance Campaign
15. European Network against Arms Trade
16. Dachverband Kritische Aktionär*innen
17. Campaign to Stop Killer Robots
18. Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung e.V.
19. Eine Welt Netz NRW
20. AK Rohstoffe
21. Corporate Accountability - Netzwerk für Unternehmensverantwortung
22. DIGEV e.V.
23. ECA Watch

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (29):

Internationale Beziehungen; Menschenrechte; Außenwirtschaft; Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; Atomenergie; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; Entwicklungspolitik; EU-Gesetzgebung; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Öffentliches Recht; Verwaltungstransparenz/Open Government; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Rüstungsangelegenheiten; Bank- und Finanzwesen; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Verbraucherschutz; Versicherungswesen; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

urgewald, gegründet 1992, hat als Nichtregierungsorganisation das Ziel, Finanzströme in Umwelt zerstörende und Menschenrechte verletzende Projekte weltweit zu stoppen. urgewald macht die Finanzierung von Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen sichtbar und benennt die Verantwortlichen. Ein aktueller Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Recherche speziell zu den

Finanzströmen in die fossilen Industrien und das Eintreten für Divestment-Schritte gegenüber kreditgebenden Banken und Investoren, um diese Finanzierungen und Investitionen in Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen zu bringen.

Bei Finanzinstituten hat sich urgewald mittlerweile weltweit einen Namen als ernstzunehmender, erfolgreicher Akteur gemacht, speziell auch im Zusammenspiel mit anderen zivilgesellschaftlichen Partnern. Flankierend sucht urgewald stets den Dialog nicht nur mit der Politik, sondern auch mit den Kund*innen von Finanzinstituten, um mittels Aufklärung und Handlungsimpulsen ebenfalls auf diesem Weg den Druck zu erhöhen. "Follow the Money" ist der strategische Ansatz unserer Kampagnen. Er zielt genau auf die Achillesferse dieser Vorhaben: das Geld.

Als "Anwalt für Umwelt- und Menschenrechte" geben wir Betroffenen eine Stimme. Für sie machen wir Druck auf Investoren, Banken und die Politik. Für sie sind wir eine Anlaufstelle, wenn mit Beteiligung deutscher oder europäischer Geldgeber*innen im Ausland ihre Rechte verletzt werden. Wir sorgen dafür, dass vertriebene Kleinbäuer*innen, Aktivist*innen gegen Streubomben, Atomkraftgegner*innen und Klimaschützer*innen aus aller Welt auf Aktionärsversammlungen, Pressekonferenzen und in den Vorstandsetagen deutscher Firmen und Banken Gehör finden.

Schwerpunkte der Lobbytätigkeit:

Der Verein setzt sich dafür ein, dass in der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit sowie bei privatwirtschaftlichen Investitionen der Schutz der Natur und Artenvielfalt gewährleistet wird. Wir setzen uns für die Implementierung von wirksamen Methoden und Richtlinien zur Vermeidung von Investitionen in den Fossilen Sektor ein. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Finanzsektor sowie die Beteiligung Deutschlands in multilateralen Finanzinstituten.

Wir setzen uns für die Stärkung von Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung durch entwicklungspolitische und privatwirtschaftliche Aktivitäten ein. Dieses schließt die Wahrung und Unterstützung der Rechte traditionell naturnah wirtschaftender Bevölkerungsgruppen ein. Wir wirken auf die Stärkung der Gesetzgebung und Regelungen zum Schutz der Menschenrechte hin, insbesondere in Bezug auf den Finanzsektor.

Methoden der Lobbytätigkeit:

- Direkte Gespräche und Treffen mit Entscheidungsträger*innen:

Treffen mit Abgeordneten des Bundestages, Mitgliedern der Bundesregierung sowie Vertretern von Ministerien und Behörden, um unsere Positionen und Vorschläge zu diskutieren und zu fördern.

- Erstellung von Stellungnahmen und Policy Papers:

Ausarbeitung und Verbreitung von detaillierten Stellungnahmen, Policy Papers und Berichten zu relevanten politischen Themen und Regelungsvorhaben.

- Teilnahme an Anhörungen und Konferenzen:

Teilnahme an öffentlichen Anhörungen, parlamentarischen Ausschusssitzungen und Konferenzen, um unsere Positionen direkt einzubringen und den Dialog mit Entscheidungsträger*innen zu fördern.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Gesetz zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung

Beschreibung:

Wir fordern Änderungen bei dem geplanten Gesetz zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung. Konkret fordern wir die Einführung verbindlicher Investitionskriterien bei Klima, Umwelt und Menschenrechten sowie mehr parlamentarische Beteiligung und Transparenz.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung

Datum des Referentenentwurfs: 04.03.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190027 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. Ablehnung der Beihilfefähigkeit für neue fossile Gaskraftwerkskapazitäten

Beschreibung:

Das KWSG muss an den Klimazielen und -szenarien ausgerichtet werden.

Deshalb sollte der Bund dringend übergreifende Strategien zum Einsparen von Energie und zur effizienteren Energienutzung sowie zum schnelleren Ausbau der Erneuerbaren in Deutschland entwickeln, um gleichzeitig Versorgungssicherheit und Klimaschutz zu gewährleisten.

Dazu gehören unter anderem:

- Langzeit-Energiespeicherung
- Nachfrageflexibilität in Haushalten und Industrie
- Energieeffizienz in Privathaushalten und in der Industrie
- Verbindungsleitungen und Zusammenarbeit im Energiebereich
- Fortgesetzter Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netzinfrastruktur
- der fortgesetzte Ausbau der Wind- und Solarenergie

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

3. Verhinderung des Beschlusses der Novelle des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Beschreibung:

Die Bundesregierung hat im Mai 2024 eine Änderung des CCS-Gesetzes vorgelegt. Damit sollen die rechtlichen Voraussetzungen für den großmaßstäblichen Transport von CO₂ aus Kraftwerken, Industrie und Müllverbrennung geschaffen werden. CO₂-Deponien in der Nordsee wären erlaubt. Wenn die Landesregierungen es wollen, auch unter Land. Dafür sollen große Industrieanlagen und ein rund 5000 Kilometer langes grenzüberschreitendes CO₂-Pipelinennetz in Deutschland neu errichtet werden, im vermeintlichen „öffentlichen Interesse“. Betreiber sind Gaskonzerne. Enteignungsvorschriften zugunsten der CO₂-Pipelines sollen vereinfacht, demokratische Beteiligungsrechte beschnitten werden. Massive Subventionen sind geplant. Auf die Länder und Kommunen kämen hohe Kosten zu.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11900 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein Westfalen

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Bonn

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Projektförderung

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

4.860.001 bis 4.870.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. **Sunrise Project**

Betrag: 450.001 bis 460.000 Euro

Projektförderung

2. **Sequoia Foundation**

Betrag: 1.310.001 bis 1.320.000 Euro

Projektförderung

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Urgewald-Jahresabschluss-2023-Kurz.pdf](#)